

## **ÄA L1.8: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018**

Einreichende: Felix Thier, Kreisverband Teltow-Fläming

### **Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“**

Zeile 204, Satz einfügen:

Ergänze nach „... Parlamente stärken.“: „Dazu gehört für uns das Initiativrecht für das Europäische Parlament.“

Neuer Absatz Zeilen 199 - 206:

„Wir LINKEN Brandenburg bekennen uns zur europäischen Idee! Gegen ein unsoziales Europa der Konzerne, der Lobbyisten und der Verwaltung setzen wir uns für ein Europa der sozialen Verantwortung, des sozialen und demokratischen Miteinanders, der Mitbestimmung und der nachhaltigen Entwicklung ein. Wir brauchen europäische soziale Mindeststandards und eine wirkliche europäische Demokratie! Wir wollen die Rechte der Parlamente stärken. Dazu gehört für uns das Initiativrecht für das Europäische Parlament. DIE LINKE Brandenburg wird sich weiter für eine starke europäische LINKE einsetzen – in den Parlamenten, in der Regierung und auf der Straße – und steht an der Seite der Länder Südeuropas, die unter der europäischen Austeritätspolitik leiden.“

#### **Begründung:**

Bisher kann das Europäische Parlament, das einzige direkt von den EU-Bürger\*innen gewählte Vertretungsorgan, nur über Dinge beschließen, die ihm Ministerrat und/oder EU-Kommission vorlegen. Nur in sehr begrenzten Ausnahmen darf das Europäische Parlament eigeninitiativ tätig werden. Stärkung der Demokratie und des Vertrauens in europäische Institutionen bedeutet aber auch, mehr Einfluss durch die Bürger\*innen Europas in Brüssel und Straßburg deutlich machen zu können. Das Europäische Parlament bzw. dessen Fraktionen sollten auch Gesetzentwürfe selbst erarbeiten/vorlegen dürfen, ohne auf den guten Willen von Ministerrat oder EU-Kommission angewiesen zu sein. Mit den Worten Gabi Zimmers: „Das EU-Parlament sollte zur ersten Kammer der EU-Gesetzgebung werden.“